

Landeshauptstadt Hannover
Büro Oberbürgermeister und Dezernat III
z.Hd. Belit Onay und Sylvia Bruns
Trammplatz 2,
30159 Hannover

12.01.2022

Sehr geehrter Herr Onay,

Sehr geehrte Frau Bruns,

wir freuen uns, dass nach unserem Gespräch am 11.07.2022 weitere Immobilien angemietet wurden und wir einzelne Veränderungen beobachten konnten. Dennoch erreichen uns regelmäßig Schilderungen problematischer Zustände in den Unterkünften. Daneben beobachten wir Änderungen in den vertraglichen Bedingungen von Unterkünften. Wir sind in großer Sorge, da sich Lebensbedingungen insbesondere für besonders vulnerable Geflüchtete zunehmend verschlechtern.

Mit diesem Schreiben möchten wir Sie auf die wichtigsten Punkte aufmerksam machen. Zu nennen sind:

- Unterkünfte mit Mehrbettzimmern, die von Not- zu Langzeitunterkünften werden (Schulzentrum Ahlem)
- die schlechte Erreichbarkeit der Ausländerbehörde,
- die nicht rechtzeitig eintreffenden Ausweisdokumente oder Arbeitserlaubnisse, welche einen Verlust des Arbeitsplatzes mit sich ziehen u.v.m.

Dies sind nur einige Beispiele mit denen Geflüchtete und auch Obdachlose bereits zu kämpfen haben. Das lange Ausharren in Asylverfahren und die Isolation durch Quarantäneregelungen in den Unterkünften bringen zusätzlichen Stress.

Darüber hinaus wird bei der Unterbringung von Obdachlosen und Geflüchteten keine Rücksicht auf Krankheitsbilder genommen. In den Unterkünften leben Familien mit Kindern neben Menschen, die Drogen konsumieren oder an Schizophrenie leiden. Alleinreisende Frauen sind im selben Haus untergebracht wie Männer, die wegen Vergewaltigung auf das Absitzen ihrer Freiheitsstrafe warten. Zusätzlich gibt es viele Menschen, die mit körperlichen Beeinträchtigungen aus anderen Ländern zu uns flüchten und eine adäquate Betreuung benötigen (Beispiel erblindete Menschen). Auch diese leben in Gemeinschaftsunterkünften ohne entsprechende Unterstützung. In den Unterkünften gibt es für die diversen Herausforderungen nicht genügend Personal.

Uns als Arbeitsgruppe ist es wichtig, auf diese Problemlagen aufmerksam zu machen und wir sehen hier weiterhin massiven Handlungsbedarf! Die Notlagen unterschiedlicher Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Deshalb fordern wir:

- Menschenwürdige Unterkünfte für Geflüchtete sowie Obdachdachlose müssen Standard sein – KEINE Gemeinschaftszimmer mehr! Corona ist noch nicht zu Ende!

- Separate Unterkunft für Menschen, die an psychischen Erkrankungen leiden, durch welche sie andere oder sich selbst gefährden. Entsprechend adäquate Betreuung (NPsychKG § 5).
- Besondere Berücksichtigung von Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung.
- Mehr Personal welches für unterschiedliche Bedürfnisse ausgebildet ist bzw. bessere Anbindung an ambulante Unterstützungsdienste.
- Gewaltschutz! Unterbringung von allein reisenden und obdachlosen Frauen mit und ohne Kindern, muss einzeln betrachtet werden, sie brauchen eine eigene Unterkunft!